



tirol

80. Jahrgang / März 2007

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

INHALT

8. *Bedarfszuweisungen
zum Gebührenhaushalt Kanal*

9. *Wasserleitungsfondsdarlehen,
Zinsanpassung*

10. *Übersicht über die aufsichtsbehördlich genehmigten
Darlehen, Haftungsübernahmen und Leasingverträge
der Gemeinden und Gemeindeverbände Tirols 2006*

*Verbraucherpreisindex für Jänner 2007
(vorläufiges Ergebnis)*

8.

Bedarfszuweisungen zum Gebührenhaushalt Kanal

In der Budgetplanung 2007 des Gemeindeausgleichsfonds wurden für den Verwendungszweck „Bedarfszuweisungen zum Gebührenhaushalt Kanal“ drei Millionen Euro reserviert. Die Bedarfszuweisungen sollen jenen Gemeinden zugute kommen, die trotz zumutbarer Gebühren nicht in der Lage sind, den Gebührenhaushalt Kanal auszugleichen.

Die Bedarfszuweisungen werden unter folgenden Voraussetzungen gewährt:

1. Die Gemeinde hat angemessene einmalige und laufende Gebühren vorzuschreiben. Maßgeblich sind die Gebührensätze im Jahr 2006. In diesem Jahr sind € 4,50 inkl. Umsatzsteuer je m³ Baumasse bzw. 13,50 m³ je m² Bruttogeschossfläche an einmaligen bzw. bis zum ersten Ablesezeitpunkt € 1,72 inkl. Umsatzsteuer je m³ Wasserbezug über Wasserzähler und ab dem ersten Ablesezeitpunkt € 1,76 inkl. Umsatzsteuer je m³ Wasserbezug über Wasserzähler an laufenden Gebühren vorzuschreiben. Werden verlorene Zuschüsse gewährt, die die Kanalgebührenbelastung für einzelne Gebührenpflichtige im Ergebnis auf weniger als die angemessenen Gebühren vermindern, so sind „Bedarfszuweisungen zum Gebührenhaushalt Kanal“ nicht möglich. Als Nachweis sind Auszüge aus den Niederschriften über die einschlägigen Beschlüsse des Gemeinderates und Ablichtungen von deren Kundmachung an der Gemeinde-Amtstafel anzuschließen.
2. Die Gemeinde ist nicht in der Lage, den Gebührenhaushalt Kanal durch zumutbare einmalige und lau-

fende Gebühren auszugleichen. Als zumutbare einmalige Gebühren gelten die unter Punkt 1 genannten Gebühren. Als zumutbare laufende Gebühren gelten € 2,18 inkl. Umsatzsteuer je m³ Wasserbezug über Wasserzähler. Als Nachweis sind ein Auszug aus der Niederschrift über die Genehmigung des Rechnungsabschlusses 2006 durch den Gemeinderat, der auf den Gebührenhaushalt Kanal Bezug habende Teil des Rechnungsabschlusses und weitere Kalkulationen anzuschließen. Den weiteren Kalkulationen muss insbesondere der durch die Gemeinde über laufende Gebühren verrechenbare Wasserbezug in m³, im Fall von Mindestgebühren einschließlich einer entsprechenden Korrektur, zu entnehmen sein.

3. Der Antrag ist schriftlich, der auf den Gebührenhaushalt Kanal Bezug habende Teil des Rechnungsabschlusses mit dem den gesamten Rechnungsabschluss enthaltenden Datenträger im Weg der automationsunterstützten Datenübertragung, längstens bis 15. April 2007 der Abteilung Gemeindeangelegenheiten vorzulegen.

In der Folge ist folgende weitere Vorgangsweise vorgesehen:

Die Abteilung Gemeindeangelegenheiten hat den Antrag inhaltlich zu prüfen und nach Tunlichkeit bis Ende Juni 2007 einen Verteilungsvorschlag vorzulegen. Sollte dabei mit dem eingangs vorgesehenen Betrag nicht das Auslangen gefunden werden können, sind die Bedarfszuweisungen im Verhältnis der Finanzkraft II der Gemeinden 2006 zu kürzen und aufzuteilen.

9.

Wasserleitungsfondsdarlehen, Zinserhöhung ab 1. März 2007

Die Tiroler Landesregierung hat am 20. Februar 2007 beschlossen, den Zinssatz für die den Gemeinden und Gemeindeverbänden Tirols gewährten Darlehen aus dem Wasserleitungsfonds mit Wirksamkeit 1. März 2007 von 2,5% p.a. auf 3,0% p.a. anzuheben.

Um den Gemeinden und Gemeindeverbänden die Finanzierung von Wasserleitungs- und Kanalbauten zu erleichtern, wurde im Jahr 1958 der Wasserleitungsfonds eingerichtet. Seit 1978 besteht auch die Möglichkeit, dass der Einbau von Wasserzählern gefördert wird.

Der Wasserleitungsfonds ist ein zweckgebundenes Vermögen des Gemeindeausgleichsfonds. Die technische Abwicklung der Darlehen erfolgt über den Landeskulturfonds.

Der Zinssatz für die Wasserleitungsfondsdarlehen betrug seit 1978 3,5% p.a. und wurde ab 1. Jänner 2003 auf 3,0% p.a. und ab 1. Juli 2003 auf 2,5% p.a. gesenkt.

Aufgrund der Anhebung der Leitzinsen durch die Europäische Zentralbank und der damit verbundenen Erhöhung der Zinsen für Bankkredite ist es erforderlich, den Marktverhältnissen und gestiegenen Refinanzierungskosten für den Wasserleitungsfonds Rechnung zu tragen. Es ist daher eine moderate Anhebung des bisherigen Zinssatzes um 0,5% auf 3,0% p.a. mit Wirksamkeit 1. März 2007 geboten. Bei gleich bleibender Zinsentwicklung ist im September 2007 eine weitere Zinserhöhung um 0,5% auf 3,5% p.a. zu erwarten.

Bei den Richtlinien tritt keine weitere Änderung ein. Die Darlehenshöhe beträgt grundsätzlich 50% der angefallenen Baukosten für Wasserleitungs- und Kanalbauten und ist pro Bauvorhaben und Jahr mit maximal € 50.000,- begrenzt. Beim Einbau von Wasserzählern können die vollen Kosten, höchstens jedoch € 180,- pro Zähleranschluss, gefördert werden.

Die Ausschöpfung der vollen Darlehenshöhe ist an die Erhebung von Mindestgebühren gebunden; in dem Verhältnis, in dem die Gebühren hinter den Mindestgebühren zurückbleiben, ist die Darlehenshöhe zu kürzen.

Die Mindestgebühr maßgeblich für die Gewährung eines Darlehens zur Finanzierung von Wasserbauvorhaben beträgt 0,36 €/m³ über Wasserzähler bezogenen Wassers.

Die Mindestgebühren maßgeblich für die Gewährung eines Darlehens zur Finanzierung von Kanalbauvorhaben wurden den Gemeinden zuletzt mit E-Mail vom 30. Oktober 2006, 14.34 Uhr, bekannt gegeben:

Anschlussgebühren: ab 1. Jänner 2007 4,56 €/m³ umbauter Raum oder 13,68 €/m² Geschossfläche.

laufende Gebühren: bis zur ersten Zählerablesung im Jahr 2007 1,76 €/m³ über Wasserzähler bezogenen Wassers, ab der ersten Ablesung im Jahr 2007 1,783 €/m³ über Wasserzähler bezogenen Wassers.

Die Beträge in Euro sind brutto inkl. Umsatzsteuer.

Übersicht über die in den vergangenen Jahren gewährten Wasserleitungsfondsdarlehen:

Jahr	Anzahl	Betrag in Euro
1994	144	4.850.400
1995	195	6.555.235
1996	168	5.608.820
1997	139	4.480.935
1998	159	4.992.590
1999	97	3.104.200
2000	124	4.190.260
2001	107	3.598.125
2002	89	3.131.800
2003	107	4.000.880
2004	116	4.740.435
2005	102	4.404.010
2006 *)	91	4.091.500

*) 2006 vom LKF ausbezahlte Darlehen !

**VERBRAUCHERPREISINDEX
FÜR JÄNNER 2007**
(vorläufiges Ergebnis)

	Dezember 2006 (endgültig)	Jänner 2007 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	102,0	102,0
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	112,8	112,8
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	118,7	118,7
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	155,2	155,2
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	241,3	241,3
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	423,5	423,5
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	539,6	539,6
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	541,3	541,3

Der Index der Verbraucherpreise 2005 (Basis: Durchschnitt 2005 = 100) für den Kalendermonat Jänner 2007 beträgt 102,0 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Dezember 2006 unverändert geblieben (Dezember 2006 gegenüber November 2006: + 0,3%). Gegenüber Jänner 2006 ergibt sich eine Steigerung um 1,6%.

Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck